

## IV 1230EU

### Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Die Nummerierung entspricht dem Standardformular 2 - Auftragsbekanntmachung auf <http://simap.ted.europa.eu/>

Die Anleitung ist wie folgt zu lesen:

<p><u>Linke Spalte:</u></p> <p>Original-Formulartext</p>	<p><u>rechte Spalte:</u></p> <p><b>fett</b> (normal):            <b>Pflichttext</b>  <b>fett</b> (kursiv):            <b>Bedarftext</b> (einzelfallbezogen)          Normalschrift:            erläuternde Hinweise</p>
--	---

Abweichungen bzw. Ergänzungen von den Vorgaben der Anleitung sind nur im Rahmen der Richtlinie [IV 123EU](#) zulässig und müssen immer im Einklang mit der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb EU ([IV 122EU F](#)) sowie der Eigenerklärung zur Eignung EU ([IV 124EU F](#)) stehen.

**Ungeachtet der Pflichtfelder des Standardformulars müssen die Auftragsbekanntmachung bzw. die Auftragsunterlagen (Vergabeunterlagen gem. § 29 Absatz 1 Vergabeverordnung (VgV)) alle Angaben enthalten, die erforderlich sind, um dem interessierten Unternehmen eine Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu ermöglichen.**

Etwasige Vorbelegungen durch die Vergabeplattform (<https://www.berlin.de/vergabepattform/>) sind anzupassen.

## AUFTRAGSBEKANNTMACHUNG

Richtlinie 2014/24/EU

### FRAGEN IM VORFELD

<ul style="list-style-type: none"> <li><input type="radio"/> Bauauftrag</li> <li><input type="radio"/> Lieferauftrag</li> <li><input type="radio"/> Dienstleistungsauftrag</li> </ul>	<p>Anzukreuzen ist <b>Dienstleistungsauftrag</b>. (Der Eintrag wird in II.1.3 übernommen.)</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li><input type="radio"/> Offenes Verfahren</li> <li><input type="radio"/> Nichtoffenes Verfahren</li> <li><input type="radio"/> Verhandlungsverfahren</li> <li><input type="radio"/> Wettbewerblicher Dialog</li> <li><input type="radio"/> Innovationspartnerschaft</li> </ul>	<p>Anzukreuzen ist <b>Verhandlungsverfahren</b>. (Der Eintrag wird in IV.1.1 übernommen.)</p>
<p><input type="checkbox"/> Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung Anzahl der öffentlichen Auftraggeber, die für das Verfahren verantwortlich sind:</p>	

## ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

### I.1) NAME UND ADRESSEN

<p>Offizielle Bezeichnung:</p>	<p>Die Angabe zur <b>Offiziellen Bezeichnung</b> ist zwingend, mit Postanschrift, Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail-Adresse.</p>
--------------------------------	--

## IV 1230EU

(Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

Nationale Identifikationsnummer: <i>(falls zutreffend)</i>
Postanschrift:
NUTS-Code:
Kontaktstelle(n):
<b>Internet-Adresse(n)</b> Hauptadresse: <i>(URL)</i>  Adresse des Beschafferprofils: <i>(URL)</i>

In Deutschland gibt es keine Nationale Identifikationsnummer.

Die **Postanschrift** ist mit **Land** und **Ort** zwingend anzugeben.

Der **NUTS-Code** des Sitzes der Dienststelle ist zwingend anzugeben. Informationen zu NUTS-Codes unter: <http://simap.ted.europa.eu/web/simap/nuts>  
Der NUTS-Code für Berlin lautet „DE3“.

Hier ist die Auskunft gebende Stelle anzugeben. Es empfiehlt sich ein Funktionspostfach der Vergabestellen zu verwenden, keinesfalls eine persönliche E-Mail-Adresse eines Sachbearbeiters.

Die **Internet-Adresse** (URL) des öffentlichen Auftraggebers, ist anzugeben.

Die Adresse des Beschafferprofils (URL) ist anzugeben, sofern ein Beschafferprofil eingerichtet ist. (<https://www.berlin.de/vergabepattform/>)

### I.2) GEMEINSAME BESCHAFFUNG

- Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung  
Im Falle einer gemeinsamen Beschaffung, an der verschiedene Länder beteiligt sind – geltendes nationales Beschaffungsrecht:
- Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

In der Regel nicht zutreffend.

### I.3) KOMMUNIKATION

- Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: *(URL)*
- Der Zugang zu den Auftragsunterlagen ist eingeschränkt. Weitere Auskünfte sind erhältlich unter: *(URL)*

Die entsprechende **Internet-Adresse** ist zwingend anzugeben.

(Diese wird über die TED-Schnittstelle als direkter Link auf die Auftragsunterlagen eingetragen. Dieser soll nicht geändert werden.)

Eine Beschränkung des Zugangs kommt nur in den in § 41 Absatz 2 VgV angegebenen Ausnahmefällen in Betracht. Die Gründe für die Beschränkung sind im Vergabevermerk zu dokumentieren.

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:

- die oben genannten Kontaktstellen
- folgende Kontaktstellen: *(weitere Anschrift angeben)*

In der Regel ist anzukreuzen: **die oben genannten Kontaktstellen**

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

- elektronisch via: *(URL)*
- an die oben genannten Kontaktstellen
- an folgende Anschrift: *(weitere Anschrift angeben)*

Für das Einreichen von Teilnahmeanträgen ist in der Regel anzukreuzen:

**elektronisch via: ...**

(Über die TED-Schnittstelle wird hier der Link auf die Vergabepattform (<https://www.berlin.de/vergabepattform/>) eingetragen.)

es sei denn, es liegen ein oder mehrere der in § 41 Absatz 2 VgV genannten Ausnahmetatbestände vor.

(Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumente und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: (*URL*)

Falls zutreffend, ist hier gemäß § 12 VgV die entsprechende Internetadresse anzugeben, unter der der Zugang zu diesen alternativen elektronischen Mitteln gewährt wird.

## I.4) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen | <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene                    |
| <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene  | <input type="checkbox"/> Einrichtung des öffentlichen Rechts                              |
| <input type="checkbox"/> Regional- oder Kommunalbehörde   | <input type="checkbox"/> Europäische Institution/Agentur oder internationale Organisation |
|   | <input type="checkbox"/> Andere:  |

Bei Baumaßnahmen des Landes und bei Bundesfernstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung ist i.d.R. anzukreuzen: **Regional- oder Kommunalbehörde**

## I.5) HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Allgemeine öffentliche Verwaltung  | <input type="checkbox"/> Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen |
| <input type="checkbox"/> Verteidigung                       | <input type="checkbox"/> Sozialwesen                               |
| <input type="checkbox"/> Öffentliche Sicherheit und Ordnung | <input type="checkbox"/> Freizeit, Kultur und Religion             |
| <input type="checkbox"/> Umwelt                             | <input type="checkbox"/> Bildung                                   |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Finanzen            | <input type="checkbox"/> Andere Tätigkeit:                         |
| <input type="checkbox"/> Gesundheit                         |  |

Anzukreuzen ist

im Hochbau: **Andere Tätigkeit:** (und Eintrag) **Hochbau,**

im Verkehrsanlagen- und Ingenieurbau: **Andere Tätigkeit:** (und Eintrag) **Straßenbau,**

im Garten- und Landschaftsbau: **Andere Tätigkeit:** (und Eintrag) Garten- und Landschaftsbau.

## ABSCHNITT II: GEGENSTAND

### II.1) UMFANG DER BESCHAFFUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Referenznummer der Bekanntmachung: (*falls zutreffend*)

II.1.2) CPV-Code Hauptteil:  
CPV-Code Zusatzteil: (*falls zutreffend*)

II.1.3) Art des Auftrags

- Bauauftrag
- Lieferauftrag

Es ist anzugeben:

**Maßnahmennummer und -bezeichnung, Vergabenummer und -bezeichnung;**

Eine nähere Beschreibung ist unter II.1.4 und II.2.4 einzutragen.

Die **CPV-Nummer** ist stets anzugeben. Informationen zu den CPV-Codes unter: <http://simap.ted.europa.eu/de/web/simap/cpv>.

Bei losweiser Vergabe ist für den Hauptteil ein übergeordneter CPV-Code anzugeben und unter II.2.2 sind die speziellen CPV-Codes für die einzelnen Lose einzutragen.

Anzugeben ist **Dienstleistungen**.

Hinweis: Der Eintrag wird aus der Beantwortung der **FRAGEN IM VORFELD** übernommen.

<p><input type="radio"/> Dienstleistungen</p>	
<p>II.1.4) Kurze Beschreibung:</p>	<p>Es sind die <b>Art der Leistung</b> und <b>allgemeine Merkmale</b> des Auftrags einzutragen.</p> <p>Mindestangaben, soweit zutreffend:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Architekten-, Ingenieurleistung o.ä.</b></li> <li>• <b>Leistungsphasen ...</b></li> <li>• <b>Neubau, Sanierung, Umbau o.ä.</b></li> <li>• <b>BGF, BRI, Abschnittsgröße o.ä.</b></li> <li>• <b>Kostenobergrenze</b></li> </ul> <p>Die Beschreibung muss kurz, aber präzise genug sein, um den gewünschten Bewerberkreis zu erreichen und diesem eine Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu ermöglichen. (max. 1000 Zeichen) Eine weitere „Beschreibung der Beschaffung“ folgt in II.2.4.</p>
<p>II.1.5) Geschätzter Gesamtwert (falls zutreffend) Wert ohne MwSt.: [ ] Währung: [ ]</p>	<p>Freiwillige Angabe: Die geschätzte Größenordnung des Auftrags ohne Mehrwertsteuer ist ggf. anzugeben; bei Rahmenvereinbarungen ist der veranschlagte Gesamtwert aller Einzelaufträge während der Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung maßgeblich. Wird hier keine Angabe gemacht, müssen die Angaben unter II.1.4 (Beschreibung der Beschaffung) so ausreichend sein, dass interessierte Unternehmen einschätzen können wie der Umfang der Leistung ist und somit eine Entscheidung über die Teilnahme am Vergabeverfahren treffen können.</p>
<p>II.1.6) Angaben zu Losen Aufteilung des Auftrags in Lose <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein Angebote sind möglich für <input type="radio"/> alle Lose <input type="radio"/> maximale Anzahl an Losen: [ ] <input type="radio"/> nur ein Los</p> <p><input type="checkbox"/> Maximale Anzahl an Losen, die an einen Bieter vergeben werden können: [ ]</p> <p><input type="checkbox"/> Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, Aufträge unter Zusammenfassung der folgenden Lose oder Losgruppen zu vergeben:</p>	<p>Für die Beschreibung der Lose ist jeweils II.2 auszufüllen.</p> <p><u>Bei losweiser Vergabe</u> ist anzukreuzen: <b>Ja</b>, sowie in der Regel für <b>maximale Anzahl von Losen</b>, dabei ist die <b>Gesamtzahl der Lose</b> anzugeben. <b>Alle Lose</b> ist nur anzukreuzen, wenn alle Lose angeboten werden <u>müssen</u>.</p> <p>Wird die maximale Anzahl von Losen begrenzt, ist die <b>maximale Anzahl</b> anzugeben. Zudem sind in den Vergabeunterlagen die Kriterien für die Auswahl derjenigen Lose festzulegen, die ein Bieter erhält, wenn er das jeweils wirtschaftlichste Angebot bei mehr Losen abgeben hat, als er maximal erhalten kann.</p> <p>Der Vorbehalt der Zusammenfassung von Losen oder Losgruppen ist in der Regel nicht anzukreuzen.</p> <p>Er ist nur zulässig, wenn eine Zusammenfassung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen im Sinne des § 97 Absatz 4 Satz 3 GWB erforderlich ist. Die hierzu erfolgte Prüfung ist im Vergabevermerk zu dokumentieren. Die Entscheidung, ob von diesem Vorbehalt Gebrauch gemacht wird, muss diskriminierungsfrei erfolgen und gemäß § 8 Absatz 2 Nummer 11 VgV ebenfalls im Vergabevermerk dokumentiert werden.</p> <p><u>Wird der Auftrag nicht in Lose aufgeteilt</u>, ist „<b>nein</b>“ anzukreuzen.</p>

## II.2) BESCHREIBUNG

	Die folgenden Angaben beziehen sich auf die einzelnen Lose. Dieser Teil ist in beliebiger Anzahl für jedes Los zu wiederholen. Wird nur ein Los vergeben, dann ist er soweit auszufüllen, sofern nichts Gegenteiliges vermerkt ist.
II.2.1) Bezeichnung des Auftrags: <i>(falls zutreffend)</i> Los-Nr.: <i>(falls zutreffend)</i>	Es ist die jeweilige Bezeichnung des Loses zu erfassen.  Findet eine Aufteilung in Lose unter II.1.6 nicht statt, ist hier nichts einzutragen.
II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s) <i>(falls zutreffend)</i> CPV-Code Hauptteil:                      CPV-Code Zusatzteil:	Findet eine Aufteilung in Lose unter II.1.6. nicht statt, ist hier nichts einzutragen.
II.2.3) Erfüllungsort NUTS-Code:                                      Hauptort der Ausführung:	Der <b>NUTS-Code</b> ist zwingend anzugeben. Erfüllungsort für die Leistung des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.
II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:	Anzugeben sind Art und Umfang der Dienstleistungen bzw. Bedürfnisse und Anforderungen.  Hier sind alle Aspekte anzuführen, die erforderlich sind, insbesondere um die <u>Vergleichbarkeit von Referenzen</u> bei der Auswahl der Bewerber beurteilen zu können.  Ggf. ist es sinnvoll die Aufgabenbeschreibung als gesonderte Anlage zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform ( <a href="https://www.berlin.de/vergabeplattform/">https://www.berlin.de/vergabeplattform/</a> ) einzustellen und unter dieser Ziffer darauf zu verweisen. (Es ist darauf zu achten, dass sämtliche Angaben in der Anlage „Aufgabenbeschreibung“ mit den Angaben in der Auftragsbekanntmachung übereinstimmen.)
II.2.5) Zuschlagskriterien <input type="radio"/> Die nachstehenden Kriterien <input type="checkbox"/> Qualitätskriterium – Name: / Gewichtung: <input type="radio"/> Kostenkriterium – Name: / Gewichtung: <input type="radio"/> Preis – Gewichtung:  <input type="radio"/> Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt	<b>Angaben müssen mit den Zuschlagskriterien in den Vergabeunterlagen übereinstimmen.</b> Es wird empfohlen das Feld <b>Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt</b> anzukreuzen. In diesem Fall ist das Formblatt <a href="#">IV 2111EU F</a> (Gewichtung der Zuschlagskriterien) zu verwenden; ggf. ist eine Beschreibung der Unterkriterien zum Formblatt <a href="#">IV 2111EU F</a> den Vergabeunterlagen als Anlage beizufügen.
II.2.6) Geschätzter Wert Wert ohne MwSt.: [ ]    Währung: [ ]	Freiwillige Angabe. Die geschätzte Größenordnung des jeweiligen Teilloes bzw. Fachloses ohne Mehrwertsteuer ist ggf. anzugeben. Wird hier keine Angabe gemacht, müssen die Angaben unter II.2.4 (Beschreibung der Beschaffung) so ausreichend sein, dass interessierte Unternehmen einschätzen können wie der Umfang der Leistung ist und somit eine Entscheidung über die Teilnahme am Vergabeverfahren treffen können.

<p>II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems</p> <p>Laufzeit in Monaten: [ ] oder Laufzeit in Tagen: [ ] oder Beginn: .../ Ende: ...</p> <p>Dieser Auftrag kann verlängert werden <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein Beschreibung der Verlängerungen:</p>	<p>Einzutragen sind Angaben zu vorgesehenem Ausführungsbeginn und –ende (der Dienstleistung) bzw. zur Laufzeit der Rahmenvereinbarung.</p> <p>Es ist zu wählen, ob die Laufzeit des Vertrages „genau“ (in Monaten oder Tagen) oder als „Spanne“ (mit Beginn und Ende) festgelegt werden soll. Dies ist vom zu vergebenden Auftrag abhängig.</p> <p>Es wird empfohlen, Angaben zum Zeitraum allenfalls in Monaten zu machen. (max. 400 Zeichen)</p>
<p>II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden</p> <p>Geplante Anzahl der Bewerber: [ ] oder Geplante Mindestzahl: [ ] / Höchstzahl: [ ] (falls zutreffend) Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:</p>	<p>Als <b>Geplante Mindestzahl</b> ist gemäß § 51 Absatz 2 VgV mindestens <b>3</b> vorgegeben. Die Angabe einer <b>Höchstzahl</b> ist auftragsabhängig im Einzelfall abzuwägen.</p> <p>Die Festlegung einer festen <b>Geplanten Anzahl der Bewerber</b> empfiehlt sich in der Regel nicht.</p> <p>Weiterhin sind die <b>Kriterien</b> für die Auswahl der Bewerber zu benennen, z.B. Referenzen, Jahresumsatz, etwaige Finanzkennzahlen, Fachkräfte, Beschäftigtenzahl und Führungskräfte ggf. mit <b>Gewichtung</b>.</p>
<p>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote</p> <p>Varianten/Alternativangebote sind zulässig <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein</p>	<p>Anzukreuzen ist in der Regel: <b>Nein</b></p>
<p>II.2.11) Angaben zu Optionen</p> <p>Optionen <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein Beschreibung der Optionen:</p>	<p>Ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt, ist <b>ja</b> anzukreuzen. Beschreibung der Option: <b>Stufenweise Beauftragung</b> Der potentielle Gesamtumfang mit Angabe der Leistungsphasen ist zu beschreiben. (Es sind max. 400 Zeichen möglich.)</p>
<p>II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen</p> <p><input type="checkbox"/> Angebote sind in Form von elektronischen Katalogen einzureichen oder müssen einen elektronischen Katalog enthalten</p>	<p>Bei Dienstleistungen in der Regel nicht zutreffend.</p>
<p>II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird</p> <p><input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein Projektnummer oder –referenz:</p>	<p>Anzukreuzen ist in der Regel: <b>Nein</b> mögliche Ausnahme, z.B. EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)</p>
<p>II.2.14) Zusätzliche Angaben:</p>	<p>Hier sind weitere Angaben zur Beschreibung des Gegenstandes möglich. (max. 400 Zeichen)</p>

## ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

### III.1) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

<p>III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister</p>	<p>Alle geforderten Erklärungen und zugehörigen Bescheinigungen/Nachweise sind anzugeben. (max. 4000 Zeichen)</p>
---	---

## IV 1230EU

(Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

**Die Eignungskriterien müssen mit den Angaben im Formular Eigenerklärung zur Eignung EU (IV 124EU F) bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F) übereinstimmen.**

**Ist der Bewerber eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bewerbers zu III.2.1 nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,**

**a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder**

**b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.**

Einzutragen ist, soweit im Einzelfall zutreffend, z.B.:

**Nachweis der Bauvorlageberechtigung nach § 65 BauO Bln und der beruflichen Befähigung des Bewerbers und/oder der Mitarbeiter des Unternehmens, insbesondere der für die Dienstleistung verantwortlichen Personen durch Nachweis der**

- Berechtigung zur Führung einer Berufsbezeichnung (z. B. Architekt, Innenarchitekt, Landschaftsarchitekt, Ingenieur, Stadtplaner)**
- des Studiums der Fachrichtung Architektur, Hochbau oder Bauingenieurwesen gemäß § 65 Absatz 3 BauO Bln i. V. m. § 66 Absatz 2 BauO Bln (mindestens dreijährige Berufserfahrung in der Tragwerksplanung und Eintragung in die Liste der Baukammer Berlin)**
- erforderlichen Befugnis zur Erstellung des Brandschutznachweises gemäß § 66 BauO Bln.**

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen  
Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (falls zutreffend)

Alle geforderten Erklärungen und zugehörigen Bescheinigungen/Nachweise sind anzugeben.

Um ergänzende Angaben zu den Eignungskriterien eintragen zu können, ist „Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen“ nicht anzukreuzen.

**Die Eignungskriterien müssen mit den Angaben im Formular Eigenerklärung zur Eignung EU (IV 124EU F) bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F) übereinstimmen.**

## IV 1230EU

(Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

Ggf. können folgende Punkte ergänzt werden:

Ergänzend zu Bezugshinweis Punkt 7.1.2 der Eigenerklärung zur Eignung IV 124EU F bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F):

**Es ist eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personenschäden von ... EUR und Deckungssummen für sonstige Schäden von ... EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungs-unternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen.**

**Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.**

**Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.**

**Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind.**

Ergänzend zu Bezugshinweis Punkt 7.1.3 der Eigenerklärung zur Eignung IV 124EU F bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F):

**Gesamtumsatz: Es ist der ("allgemeine") Jahresumsatz des Unternehmens in den letzten drei Geschäftsjahren in EUR netto anzugeben.<sup>1</sup>**

**Es wird ein Mindestjahresumsatz von ... EUR gefordert.<sup>2</sup>**

**Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags: Es ist der ("spezifische") Jahresumsatz des Unternehmens in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren in EUR netto anzugeben.<sup>1</sup>**

**Es wird ein Mindestjahresumsatz von ... EUR gefordert.<sup>2</sup>**

<sup>1</sup> Gemäß § 45 Absatz 4 Nummer 4 VgV kann eine Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags höchstens für die letzten drei Geschäftsjahre verlangt werden und nur, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.

<sup>2</sup> Sofern ein Mindestjahresumsatz verlangt wird, darf dieser gemäß § 45 Absatz 2 VgV das Zweifache des geschätzten Auftragswerts nur überschreiten, wenn aufgrund der Art des Auftragsgegenstands spezielle Risiken bestehen. Solche Anforderungen sind in den Vergabeunterlagen oder im Vergabevermerk hinreichend zu begründen.



	<p>Auf eine Übereinstimmung von in der Auftragsbekanntmachung geforderten und in der Eigenerklärung zur Eignung abgefragten Eignungskriterien ist zu achten.</p>
<p>III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit  <input type="checkbox"/> Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen          Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:           Möglicherweise geforderte Mindeststandards: (falls zutreffend)</p>	<p>Alle geforderten Erklärungen und zugehörigen Bescheinigungen/Nachweise sind anzugeben.          Um ergänzende Angaben zu den Eignungskriterien eintragen zu können, ist „Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen“ nicht anzukreuzen.  <b>Die Eignungskriterien müssen mit den Angaben im Formular Eigenerklärung zur Eignung EU (IV 124EU F) bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F) übereinstimmen.</b>          Ggf. können folgende Punkte ergänzt werden:   <u>Ergänzend zu Bezugshinweis Punkt 7.1.4 der Eigenerklärung zur Eignung IV 124EU F bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F):</u>  <b>Es sind geeignete Referenzen über vom Bewerber in den letzten drei Jahren erbrachten Dienstleistungen aufzulisten.</b>   <b>Die Auflistung ist auf Projekte zu beschränken, deren Planungs- oder Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Planungs- oder Beratungsleistung vergleichbar sind.</b>   <b>Es werden gemäß § 46 Absatz 3 Nummer 1 VgV nur die geforderten Angaben berücksichtigt:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Beschreibung (Aufgabe und Umfang der Leistung, Vertragsverhältnis)</b></li> <li>• <b>Beträge (Wert der erbrachten Leistung)</b></li> <li>• <b>Daten (Erbringungszeitraum)</b></li> <li>• <b>Empfänger (unter Angabe, ob es sich um einen öffentlichen oder privaten Empfänger handelt und Kontaktdaten des Ansprechpartners)</b></li> </ul> <p>Gemäß § 46 Absatz 3 Nummer 1 VgV können Referenzen für die letzten höchstens <b>drei Jahre</b> verlangt werden. Soweit es zur Sicherstellung eines ausreichenden Wettbewerbs erforderlich ist, können – nach einem entsprechenden Hinweis - auch Dienstleistungen berücksichtigt werden, die mehr als drei Jahre zurückliegen. (Vorsicht: Sie dürfen berücksichtigt werden, nicht dagegen angefordert werden.)</p> <p>Ggf. ist die Anzahl der Projekte zu beschränken:  <b>Die Auflistung ist auf max. ... Projekte zu beschränken.</b>  <b>Werden mehr als ... Projekte eingereicht, werden nur die ersten ... berücksichtigt.</b></p> <p>Sollen weitere Eignungskriterien gewertet werden, sind <b>Mindestforderungen gemäß § 46 VgV</b> (z.B. Anzahl, Qualifikation, Berufserfahrung) festzulegen und hier vorzugeben.</p> <p>Auf eine Übereinstimmung von in der Auftragsbekanntmachung geforderten und in der Eigenerklärung zur Eignung abgefragten Eignungskriterien ist zu achten.</p> </p>

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen (falls zutreffend)

- der Auftrag ist geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern vorbehalten, deren Ziel die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist
- Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt

Die Voraussetzungen nach § 118 GWB liegen in der Regel nicht vor.

### III.2) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG (falls zutreffend)

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

- Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten  
Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Bei Leistungen für die Berufsstände der Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten, Beratenden Ingenieure, Stadtplaner u. ä. ist dieses Feld anzukreuzen.

Als Vorschrift ist dann das Berliner Architekten- und Baukammergesetz (**ABKG**) zu nennen und auf die verlangten Nachweise zur Bauvorlageberechtigung, etc. in **Nr. III.1.1** dieser Auftragsbekanntmachung zu verweisen.

Bei Prüfsachverständigenleistungen ist als Vorschrift die Bautechnische Prüfungsverordnung (**BauPrüfV**) zu nennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Es ist einzutragen: **siehe Auftrags-/ Vergabeunterlagen**

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

- Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Hier ist in der Regel **dieses Feld** anzukreuzen.

## ABSCHNITT IV: VERFAHREN

### IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart

- Offenes Verfahren
  - Beschleunigtes Verfahren; Begründung:
- Nichtoffenes Verfahren
  - Beschleunigtes Verfahren; Begründung:
- Verhandlungsverfahren
  - Beschleunigtes Verfahren, Begründung:
- Wettbewerblicher Dialog
- Innovationspartnerschaft

Anzugeben ist i.d.R. das **Verhandlungsverfahren**.  
(Hinweis: Der Eintrag wird aus der Beantwortung der **FRAGEN IM VORFELD** übernommen.)

(Architekten- und Ingenieurleistungen werden gemäß § 74 VgV in der Regel im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 17 VgV oder im wettbewerblichen Dialog nach § 18 VgV vergeben.)

Bei Wahl des beschleunigten Verfahrens sind die dafür maßgeblichen Gründe anzugeben; diese dürfen nicht im Einflussbereich des Auftraggebers liegen.

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

- Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Falls zutreffend.

<ul style="list-style-type: none"> <li><input type="radio"/> Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer</li> <li><input type="radio"/> Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern</li> </ul> <p>Geplante Höchstzahl an Beteiligten an der Rahmenvereinbarung: <i>(falls zutreffend)</i> [ ]</p> <p><input type="checkbox"/> Die Bekanntmachung betrifft die Einrichtung eines dynamischen Beschaffungssystems</p> <p><input type="checkbox"/> Zusätzliche Auftraggeber können das dynamische Beschaffungssystems nutzen</p> <p>Bei Rahmenvereinbarungen – Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt:</p>	
<p>IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs</p> <p><input type="checkbox"/> Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote</p>	<p>Anzukreuzen, wenn dies der beabsichtigten Vorgehensweise entspricht.</p>
<p>IV.1.5) Angaben zur Verhandlung</p> <p><input type="checkbox"/> Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen</p>	<p>Ein Ankreuzen wird empfohlen. Dies ist nur ein Vorbehalt im Sinne des § 17 Absatz 11 VgV, es darf dennoch verhandelt werden.</p>
<p>IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion</p> <p><input type="checkbox"/> Eine elektronische Auktion wird durchgeführt</p> <p>Zusätzliche Angaben zur elektronischen Auktion:</p>	<p>Nicht ankreuzen (auch auf elektronischen Vergabeplattformen finden meist keine elektronischen Auktionen statt).</p>
<p>IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)</p> <p>Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen</p> <p><input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein</p>	<p>Anzukreuzen ist: <b>Ja</b></p> <p>(Auch Unternehmen aus Staaten, die nicht Vertragsparteien des WTO-Beschaffungsübereinkommens GPA sind, ist diskriminierungsfreier Zugang zu Vergabeverfahren zu gewähren.)</p>

## IV.2) VERWALTUNGSANGABEN

<p>IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren <i>(falls zutreffend)</i> Bekanntmachungsnummer im Amtsblatt (ABI):</p>	<p>Es sind Amtsblattnummer und Datum einzutragen. Auch die Vorinformation ist hier aufzuführen.</p>
<p>IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnehmeanträge Tag:                      Ortszeit:</p>	<p>Der Schlusstermin für den Eingang der Teilnehmeanträge ist einzutragen.</p>
<p>IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber <i>(falls diese Information bekannt ist)</i> Tag:</p>	<p>Der voraussichtliche Absendetermin der Angebotsaufforderung ist, sofern bekannt, einzutragen.</p>
<p>IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnehmeanträge eingereicht werden können: [ ]</p>	<p>Es ist <b>DE-Deutsch</b> auszuwählen.</p>

IV.2.6) Bindefrist des Angebots  
Das Angebot muss gültig bleiben bis:  
oder Laufzeit in Monaten: [ ]

Sofern eine Bindefrist gesetzt wird, ist diese hier einzutragen.

## ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

### VI.1) ANGABEN ZUR WIEDERKEHR DES AUFTRAG

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag  ja  nein  
Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer  
Bekanntmachungen: (falls zutreffend)

Anzukreuzen ist in der Regel: **Nein**

### VI.2) ANGABEN ZU ELEKTRONISCHEN ARBEITSABLÄUFEN

- Aufträge werden elektronisch erteilt
- Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert
- Die Zahlung erfolgt elektronisch

Je nach Stand der entsprechenden dv-technischen Entwicklungen.

### VI.3) ZUSÄTZLICHE ANGABEN: (falls zutreffend)

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gemäß § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArBG) oder
- gemäß § 21 Absatz 1 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) oder
- gemäß § 19 Absatz 1 Mindestlohngesetz (MiLoG) mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Der Teilnahmeantrag besteht aus der Eigenerklärung zur Eignung (IV 124EU F) bzw. dem Bewerberbogen (IV 1222EU F) und Nachweisen; sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform (<https://www.berlin.de/vergabepattform/> bzw. iTWO tender) eingestellt.

Die Eigenerklärung zur Eignung und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern.

Teilnahmeanträge können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabepattform (<https://www.berlin.de/vergabepattform/> bzw. iTWOtender) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Teilnahmeantrags auf die Plattform hochzuladen.

## IV 1230EU

(Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei  
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

	<p><b>Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform</b> ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind für den Teilnahmeantrag nicht erforderlich.</p> <p>Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Dabei ist das Tool Frage stellen bzw. Fragen/Antworten zu verwenden.</p> <p>Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.</p> <p>Beschreibungen zur Vorgehensweise bei Teilnahmewettbewerben auf der Vergabeplattform (<a href="https://www.berlin.de/vergabepattform/">https://www.berlin.de/vergabepattform/</a> bzw. iTWOtender) unter: <a href="http://meinauftrag.rib.de/hilfe/index.html?teilnahmewettbewerb.html">http://meinauftrag.rib.de/hilfe/index.html?teilnahmewettbewerb.html</a></p> <p>Die Vergabestelle kann (=muss) gemäß § 56 Absatz 2 Satz 1 VgV unternehmensbezogene und leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen. Will sie dies nicht, kann gemäß § 56 Absatz 2 Satz 2 VgV in der Auftragsbekanntmachung festgelegt werden, dass keine Unterlagen nachgefordert werden. Dieser Vorbehalt sollte an dieser Stelle erfolgen. Es wird empfohlen diesen Vorbehalt nur in Ausnahmefällen zu machen.</p>
--	--

### VI.4) RECHTSBEHELFSVERFAHREN / NACHPRÜFUNGSVERFAHREN

<p>VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren</p>	<p>Einzutragen ist die Vergabekammer (§ 156 GWB). Zwingend anzugeben sind die <b>Offizielle Bezeichnung, Land und Ort.</b> <b>Vergabekammer des Landes Berlin</b> Postanschrift: <b>Martin-Luther-Str. 105</b> Ort: <b>Berlin</b> Postleitzahl: <b>10825</b> Land: <b>Deutschland</b> E-Mail: <a href="mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de">vergabekammer@senweb.berlin.de</a> Telefon: <b>+49 30 90 13 83 16</b> Fax: <b>+ 49 30 90 13 76 13</b> Internet-Adresse: <a href="https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/">https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaftsrecht/vergabekammer/</a></p>
<p>VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren (falls zutreffend)</p>	<p>Kein Eintrag erforderlich.</p>
<p>VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:</p>	<p>Einzutragen ist: <b>Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Absatz 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der</b></p>

## IV 1230EU

(Anleitung zur Auftragsbekanntmachung EU bei  
Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt ( <i>falls zutreffend</i> )

**Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.**

**Vergabekammer des Landes Berlin**  
Postanschrift: **Martin-Luther-Str. 105**  
Ort: **Berlin** Postleitzahl: **10825**  
Land: **Deutschland**  
E-Mail: [vergabekammer@senweb.berlin.de](mailto:vergabekammer@senweb.berlin.de)  
Telefon: **+49 30 90 13 83 16**  
Fax: **+ 49 30 90 13 76 13**

Internet-Adresse:  
[https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaft\\_srecht/vergabekammer/](https://www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/wirtschaft_srecht/vergabekammer/)

### VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG

Bei Verwendung der TED-Schnittstelle auf <https://www.berlin.de/vergabepattform/> wird das Datum automatisch mit Versand an TED erzeugt.